

# Minijobs sind brüchige Brücken

Diskussionsabend im Mainzer Haus am Dom zum Thema Minijob

„Im Vordergrund wirtschaftlichen Handelns muss der Mensch stehen und nicht der Profit. Der Mensch muss sich durch Arbeit verwirklichen können und darf nicht durch die Bedingungen der Arbeit erniedrigt werden. Die meisten Minijobber, die ich kenne – die Studenten einmal abgezogen –, wollen eigentlich einen Beruf und nicht einen Job. Sie wollen einen Beruf, der sie erfüllt, sie ernährt und auch langfristig absichert.“

Das sagte Hans-Georg Orthlauf-Blooß bei der Veranstaltung „Abstellgleis Minijob - Welche Weichen werden gestellt? - Bundestagsabgeordnete beziehen Stellung“, die am Donnerstag, 23. Januar, im Mainzer Haus am Dom stattfand. Orthlauf-Blooß ist Leiter der Regionalstelle Mainz des Referates Berufs- und Arbeitswelt im Bistum Mainz. Zu dem Abend hatten neben dem Referat das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) Rheinland-Pfalz gemeinsam eingeladen.



In einem Anspiel gaben (v.l.) Heike Miehe, Siegfried Schwarzer und Susanne Wagner den Menschen hinter einem 450 Euro Job ein Gesicht.

© Astrid Utzig

Weiter wies Orthlauf-Blooß darauf hin, dass es in Deutschland über sieben Millionen Minijobs gebe. Ursprünglich seien diese als „Brücke in normale Arbeitsverhältnisse“ forciert worden, erwiesen sich aber oft als „brüchig“. „Minijobs



Über das Thema „Minijob“ tauschten sich im Mainzer Haus am Dom rheinland-pfälzische Bundestagsabgeordnete aus v.l. Tabea Rößner (Die Grünen), Alexander Ulrich (Die Linke), Claudia Deeg (Moderatorin), Ursula Groden-Kranich (CDU) und Doris Barnett (SPD).

© Alexander Matschak

sind für viele eine Niedriglohnfalle ohne entsprechende langfristige Absicherung“, betonte er. Das „Schreckgespenst Altersarmut“ werde für viele „reale Wirklichkeit werden“, wenn nicht „Anreize für diese Art geringfügiger Beschäftigung zurückgeschraubt werden“.

## „Schreckgespenst Altersarmut wird für viele reale Wirklichkeit“

Die Gründe, die Menschen zu Minijobbern werden lassen, sind unterschiedlich: Auf den besseren Verdienst des Ehemanns und das Ehegatten-Splitting gesetzt – nicht gut genug ausgebildet – oder am Ende einfach auf dem Karriereweg gestolpert. Drei solcher Schicksale stellten die MacherInnen zum Auftakt der Veranstaltung „Abstellgleis Minijob“ vor – um den Menschen hinter dem 450-Euro-Job ein Gesicht zu geben.

In einem von der SWR-Journalistin Claudia Deeg moderierten Gespräch nahmen anschließend vier rheinland-pfälzische Bundestags-

abgeordnete zum Thema Stellung. Einig waren sie sich in der Forderung, den Missbrauch von Minijobs bekämpfen zu wollen.

Die Unterschiede lagen in der Frage, was als Missbrauch anzusehen sei: Die Mainzer CDU-Abgeordnete Ursula Groden-Kranich hielt bei dem Streitgespräch im „Haus am Dom“ eine Quote für den Anteil geringfügig Beschäftigter in Firmen für denkbar. Zugleich sprach sie sich ebenso wie ihre SPD-Kollegin Doris Barnett gegen eine pauschale Verurteilung geringfügiger Arbeitsverhältnisse aus.

Der von der Großen Koalition angestrebte flächendeckende Mindestlohn werde die größten Missstände beseitigen, versicherte Barnett.

## „Flächendeckender Mindestlohn wird die größten Missstände beseitigen.“

Für eine Abschaffung sozialversicherungsfreier Arbeitsgelegenheiten machte sich hingegen der Linken-Politiker Alexander Ulrich stark. Unterstützung erhielt Ulrich



Im Haus am Dom, einer Einrichtung des Bistums fand die spannende Diskussionsrunde statt.

© Astrid Utzig





für seine Forderung von Vertreterinnen der Gewerkschaft ver.di und der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd). Auch die Grünen-Abgeordnete Tabea Rößner bezeichnete die Arbeitsmarktreflexionen der damaligen rot-grünen Bundesregie-



In der anschließenden Runde „Fachleute kommentieren“ sprachen sich Christine Gothe (l.) (Dienstleistungsgewerkschaft ver.di) und Petra Erbrath (r.) (Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd), Diözesanverband Trier) für eine Abschaffung der Minijobs aus, da es dafür keine politische Rechtfertigung gebe. © Siegfried Schweizer

rung im Rückblick als Fehler. Die Ausweitung der Minijobs habe viele Arbeitnehmer gerade nicht in den regulären Arbeitsmarkt zurückgeführt.

Die Gewerkschafterin Christine Gothe berichtete von Firmen, in denen ausschließlich geringfügig Beschäftigte arbeiteten. Derartige Zustände gebe es beispielsweise im Bereich der Gebäudereinigung und teilweise im Einzelhandel. Der Ingelheimer Zimmermeister Felix Harth erklärte, im Handwerk seien Minijobber keine Alternative, da die Betriebe ein Interesse hätten, gute Leute an sich zu binden.

### „Minijobber sind im Handwerk keine Alternative.“

Die Betriebe bräuchten ihre MitarbeiterInnen länger als zwölf Stunden pro Woche und wollten sie durch die schlechten Bedingungen eines 450-Euro-Jobs nicht vergraulen.



Felix Harth (Kreishandwerksmeister Mainz-Bingen) sagte, dass „Unternehmen, die ausschließlich geringfügig Beschäftigte haben, für mich keine Unternehmen sind“. Zwar seien im Handwerksbereich auch Minijobber beschäftigt - beispielsweise als Studenten oder Praktikanten. Im Handwerk brauche man aber niemanden, der 13 Stunden in der Woche arbeite. Nötig seien vielmehr gut ausgebildete Mitarbeiter, die 40 Stunden in der Woche arbeiteten.

© Siegfried Schwarzer

Ursula Groden-Kranich (CDU) betonte, dass man beim Thema Minijob sensibel für die Altersabsicherung bleiben müsse.

Doris Barnett (SPD) wies auf die Durchsetzung des von der Regierungskoalition ausgehandelten Mindestlohns hin. Tabea Rößner (Bündnis 90/Die Grünen) sagte, dass viele Beschäftigte in einem Minijob keine „Brücke in eine reguläre Arbeit“ gefunden hätten. Alexander Ulrich (Die Linke) sprach sich dafür aus, dass jedes Beschäftigungsverhältnis sozialversicherungsspflichtig sein müsse. Zum Abschluss folgte eine Diskussion mit dem Publikum.

Alexander Matschak/  
Mario Thurnes



Referat Berufs- und Arbeitswelt im Bistum Mainz



# „Handel im Wandel“

## Bundesfachtagung: Veränderungen im Einzelhandel und ihre Auswirkungen auf die Beschäftigten

„An kaum einer Branche lässt sich der Wandel der Unternehmensstrukturen, der Arbeitsweisen und der Arbeitsbedingungen so deutlich ablesen wie am

Einzelhandel. Stichworte für diesen Umbruch sind: zunehmende Konzentration wirtschaftlicher Macht und verschärfter Konkurrenzkampf; Groß-Insolvenzen

wie SCHLECKER und PRAKTIKER; Onlinehandel und Internetshopping; Einkaufsmalls und „shop in shop“ statt großer Kaufhäuser; Inszenierung des Einkaufens als

Event; Flexibilisierung der Öffnungszeiten; Leistungsverdichtung durch Personalabbau: Umwandlung von Vollzeit in Teilzeit bzw. geringfügige Beschäftigung .



Zu einem Ortstermin führen die BetriebsseelsorgerInnen von Essen aus ins benachbarte Oberhausen zum Konsumtempel „CENTRO“, zu einem „spirituellen Wandel-Gang“.

© Betriebsseelsorge.de

